

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmuth G. Schmidt
Hausallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d



Inhalt

Harald B. Schäfer MdB, Obmann der Sozialdemokraten im Innenausschuß des Bundestages, plädiert für unterirdische Kernkraftwerke: Die Sicherheit hat Vorrang.
Seite 1

Wolfgang Clement, Sprecher des SPD-Vorstandes, analysiert den gegenwärtigen Kurs der Union: an der Basis rumort es.
Seite 3

Ralph Herberholz MdB beleuchtet die Lage der Wälder in der Bundesrepublik.
Seite 5

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon (02 28) 6 12-1

36. Jahrgang / 78

24. April 1981

Wären unterirdische Kernkraftwerke eine Lösung?

Der Gedanke dieser Bauweise sollte weiterverfolgt werden

Von Harald B. Schäfer MdB
Obmann der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion im Innenausschuß des Deutschen Bundestages

Kürzlich fand bei der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe in Hannover ein Symposium zur "Unterirdischen Bauweise von Kernkraftwerken" statt. Diese Tagung gab einen guten Überblick über internationale Aktivitäten auf dem Gebiet der unterirdischen Bauweise, verschiedene mögliche Konzepte, standortspezifische Probleme und das Sicherheitspotential solcher und alternativer oberirdischer Konzepte.

In der Diskussion zur Gesamtbewertung und der Frage, ob die unterirdische Bauweise eine sinnvolle sicherheitstechnische Perspektive biete, ergaben sich stark divergierende Meinungen, die insbesondere zwischen Vertretern der kerntechnischen Industrie und der Bundesregierung auch ausgesprochen wurden. Zu den vorgebrachten Einwänden gegen eine Weiterverfolgung des Konzepts der unterirdischen Bauweise ist zu bemerken: Es erscheint abwegig zu behaupten, ein Versuch mit unterirdischer Bauweise von kerntechnischen Anlagen bedeute ein Abrücken von der bisherigen Sicherheitsphilosophie, nämlich Schäden zu verhüten anstatt Schadensfolgen einzudämmen. Gerade im Falle der noch wenig untersuchten Folgen denkbarer Einwirkungen von außen - im Falle von Krieg, Terror und Sabotage - auf kerntechnische Anlagen kann die unterirdische Bauweise möglicherweise einen erheblichen Zuwachs an Schadensvorsorge, also einen Sicherheitsgewinn, zusätzlich zur Eindämmung der Schadensfolgen mit sich bringen.

Auch das Argument, durch einen solchen angeblichen "neuartigen" Versuch - das Konzept wird immerhin im Auftrag des



Bundesministeriums des Innern seit 1974 und weltweit schon länger untersucht - brächte nur eine weitere unnötige Verzögerung der ohnehin schon zu langwierigen Genehmigungsverfahren, vermag nicht zu überzeugen. Wenn durch unterirdische Bauweise tatsächlich ein erheblicher Sicherheitsgewinn zu erreichen wäre, könnte dadurch die Akzeptanz für den Bau von Kernkraftwerken erhöht werden.

Schließlich wenden wir uns auch gegen das von Vertretern der Kernindustrie als entscheidend vorgetragene Argument, dieses Konzept müsse aus Kostengründen zu einem Ende deutscher Kernenergie-technik führen. Wir bleiben dabei, daß Schutz und Sicherheit der Bevölkerung sowie ökologische Kriterien Vorrang vor rein ökonomischen Kriterien haben müssen. Deswegen unterstützen wir die Bundesregierung in ihrem Vorhaben, dieses Problem weiterzuverfolgen.

Das Parlament selbst wird sich im Zusammenhang mit der notwendigen Behandlung des Schutzes von kerntechnischen Anlagen im Falle von Krieg, Terror und Sabotage mit der unterirdischen Bauweise befassen. Schon heute läßt sich festhalten: Es wäre verfehlt, ohne gründliche Prüfung der möglichen unterirdischen Bauweise von Kernkraftwerken eine Absage zu erteilen. Ebenso falsch wäre freilich beim gegenwärtigen Kenntnisstand die Forderung, von heute an nur noch unterirdisch zu bauen. Worauf es ankommt ist, Vor- und Nachteile der unterirdischen Bauweise weiter zu untersuchen und gegebenenfalls zum Bau einer Demonstrationsanlage zu gelangen.

Dies entspricht nicht nur den Empfehlungen der Enquête-Kommission "Zukünftige Kernenergie-Politik" des 8. Deutschen Bundestages sondern auch unserer politischen Vorstellung, alle vernünftigen Maßnahmen zu ergreifen, um das Risiko kerntechnischer Anlagen weiter zu vermindern. Es muß in jedem Falle sichergestellt werden, daß auch bei einer denkbaren zunehmenden Nutzung der Kernenergie einschließlich der fortgeschrittenen Reaktorlinien das Risiko kerntechnischer Anlagen nicht größer wird. Die Bundesregierung ist deshalb gut beraten, daß Konzept der unterirdischen Bauweise weiter zu betreiben.

(-/24.4.1981/ks/va)

+ + +



Kohls Kurs wird brüchig

An der Unionsbasis rumort es

Von Wolfgang Clemejt
Sprecher des SPD-Partei Vorstandes

Der Kurs einer vordergründigen, in wesentlichen Teilen der Politik diskussionslosen Geschlossenheit, mit dem Helmut Kohl die Union aus der Wahlniederlage vom Oktober letzten Jahres zu führen versucht, wird langsam, aber sicher brüchig. Je klarer es wird, daß Spekulationen auf einen Bruch im SPD/FDP-Bündnis eitel Hoffnung sind, desto stärker zerrt die Quasi-Sprachlosigkeit ihrer Obrigkeit an den Nerven ihrer Mitgliedschaft, namentlich in der CDU. Sie beginnt ganz offensichtlich zu begreifen, daß eine politische Partei, schon gar eine Oppositionspartei, ihren Aufgaben nicht genügt, wenn sie sich darauf beschränkt, sich an den Diskussionen anderer zu verlustieren, statt sich selbst offen den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen zu stellen.

Wie kurzsichtig der Mannheimer Geschlossenheits-Parteitag der CDU in Wahrheit war und wie wenig er bewirkt hat, zeigt ein "revolutionäres Papier", das jetzt eine der mitgliedsstärksten CDU-Juniorenorganisationen, der Bezirksverband Westliches Ruhrgebiet der Jungen Union, vorgelegt hat. Es soll die Partei "zur Diskussion über den künftigen Weg" zwingen, was ja nichts anderes besagt, als daß diese Diskussion bisher nicht stattgefunden hat.

Zu Recht stellen die westfälischen CDU-Junioren, die maßgeblich vom nordrhein-westfälischen Oppositionsführer Kurt Biedenkopf beeinflusst sind, fest, daß die weitreichende Skepsis der jungen Generation gegenüber den etablierten Parteien "gegenwärtig vor allem die Union" treffe. Man kann das auch etwas deutlicher formulieren: An einer verbreiteten Parteiverdrossenheit im Lande trägt die CDU die Hauptschuld, denn sie hat, wie es wieder in dem Papier heißt, "einer allzu vordergründigen Geschlossenheit der Partei wegen" die zum Selbstzweck zu verkommen drohe den "ehrlichen Streit um den richtigen Weg" hintenangestellt.

Doch es gibt begründete Zweifel, ob die CDU-Führung die "die konkreten Interessen ihrer Mitglieder und ihrer Wähler bis heute nicht richtig verstanden" hat (JU-Papier), den Willen und die Kraft hat, eine Wende zu Wege zu bringen. Helmut Kohls und Heiner Geißlers Appelle, die Union müsse "sich als eine offene und sensible Partei für die



Probleme der Bürger erweisen" (Kohl), die "in den eigenen Reihen die Leute noch nicht überzeugt, wenn wir sie zum Schweigen gebracht haben" (Geißler), bis heute schöne Phrasen geblieben. Die Realitäten sind andere.

So fällt maßgeblichen CDU/CSU-Politikern einschließlich Kohls auf die Proteste Jugendlicher schon seit Monaten nichts anderes mehr ein, als geradezu gebetsmühlenartig nach einer Verschärfung des Demonstrationsrechts und nach neuen Polizeiwaffen zu rufen, wiewohl beides auch noch von Polizeifachleuten mit guten Argumenten abgelehnt wird.

Und wo der CDU-Nachwuchs fordert, die "Problemorientierung der Bürgerinitiative" zu einem "Organisationsprinzip" der eigenen Parteilarbeit zu machen, da tritt der Obmann der CDU/CSU-Fraktion im Innenausschuß des Bundestages, Karl Mildner, dafür ein, den Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) aus Gründen des Wohlverhaltens jegliche staatliche Förderung zu entziehen, weil diese sich an der Brokdorfer Demonstration beteiligt habe.

- Die Liste der Disziplinierungsversuche von Seiten der Unionsparteien ließe sich nahezu beliebig fortsetzen. Hierher gehören beispielsweise auch die schon jahrelange Blockade einer vernünftigen Reform des Rechts der Wehrdienstverweigerung oder das unnachsichtige Beharren auf der Praktizierung des Extremistenerlasses mit all seinen längst offenkundig gewordenen Konsequenzen der Gesinnungsschnüffelei und der Verunsicherung junger Menschen.

- Es ist überdies geradezu grotesk, wie krampfhaft sich CDU und CSU der Diskussion um Frieden, Entspannung und Abrüstung in den eigenen Reihen verschließen. Daß innerhalb beider christlichen Kirchen um den richtigen politischen Weg in diesen Fragen ungleich intensiver gerungen wird als in einer großen politischen Partei, die nahezu die Hälfte der Wahlbevölkerung repräsentieren will, ist ein bedenkenswertes Novum in der bundesdeutschen Parteiengeschichte.

- Das Parteiausschlußverfahren, das der oberbayerische Bezirksvorstand der CSU mit Straußens Finanzminister Max Streibl an der Spitze nunmehr gegen den Friedensforscher Alfred Mechttersheimer wegen dessen Diskussionbeiträgen zum NATO-Doppelbeschluß in Gang gesetzt hat, ist in diesem Rahmen nur der Gipfel. An diesem Fall erweist sich das CSU-Verständnis jener ganz besonderen "bayerischen Freiheit", die Strauß so gern im Munde führt. Unter seiner Führung ist Bayern bekanntlich auch das einzige Bundesland, das sich weigert, die deutsche Friedensforschung zu unterstützen. (-/24.4.1981/bgy/va)

+ + +



Ungleichgewichte abbauen

Zur wirtschaftlichen Lage der Winzerschaft

Von Ralph Herberholz MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Vergleicht man im jüngsten Agrarbericht die Einkommen der Winzer mit denen in der übrigen Landwirtschaft, müßten die Winzer eigentlich allen Grund zur Zufriedenheit haben. So liegt in weinbaulichen Vollerwerbsbetrieben der Gewinn um etwa 7.000 DM höher als in der Landwirtschaft insgesamt. Während die landwirtschaftlichen Einkommen um 1,9 Prozent sanken, konnten die Winzer eine durchschnittliche Steigerung von 16,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr für sich verbuchen. Nach Einkommenssteigerungen von bis 25 Prozent im Wirtschaftsjahr 1977/78 und leichten Rückgängen im folgenden Jahr ist dies eine erfreuliche Konsolidierung.

Doch warum erklären mir als Abgeordnetem von der Mosel in meinem Wahlkreis ansässige Winzer bei zahlreichen Gesprächen, daß ihre wirtschaftliche Lage alles andere als rosig sei? Beschönigt der Agrarbericht? Übertreiben die Winzer?

Ich meine nein. Denn das positive Gesamtbild darf nicht über die enormen regionalen Einkommensdisparitäten hinwegtäuschen, die auch im Materialband des Agrarberichtes näher ausgewiesen sind. Wer aus Süddeutschland mit der Bahn nach Bonn reist, kann sich selbst ein Bild machen, warum diese Einkommensdisparitäten bestehen.

Flachlagen wie beispielsweise in der Rheinpfalz lassen sich wesentlich kostengünstiger bearbeiten als Steillagen, die den Winzern am Mittelrhein mühsame Kletterkünste abverlangen. Und wo Subventionen wirtschaftliche Härten für die Landwirtschaft mildern sollen, haben Steillagenwinzer oft das Nachsehen. Zu denken ist auch an die Dieselölverbilligung, die ja nur interessant ist, wenn man überhaupt Traktoren oder andere Geräte einsetzen kann. Im Wein aus steilen Lagen steckt eben ein gutes Stück Handarbeit - und die drückt die Gewinne.

So kann es nicht verwundern, daß im Weinbaugebiet Mosel-Saar-Ruwer sich die Winzer mit erheblich geringeren Gewinnen als ihre Kollegen aus den anderen Anbaugebieten und als der Durchschnitt der Landwirtschaft überhaupt begnügen müssen - und das bei weiter sinkender Tendenz.

In diesem Anbaugebiet beträgt das Einkommen je Familienarbeitskraft nur die Hälfte des Durchschnitts im Weinbau und nur ein Drittel dessen, was die Winzer in der Rheinpfalz für sich verbuchen können. Während nach den Zahlen des Agrarberichtes ein Moselwinzer nur etwa 60 Prozent dessen verdient, was ein gewerblicher Arbeitnehmer in der Lohtüte hat, bleibt für den rheinpfälzischen Winzer mehr als doppelt so viel wie für seinen Kollegen von der Mosel.

1978/79 mußten die Winzer an Mosel-Saar-Ruwer Einkommenseinbußen von 1,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr hinnehmen, während die Rheinpfalz nach einem guten Ergebnis 1978/79 auch im letzten Jahr wieder mit einem Plus von 13,2 Prozent gut abschnitt. Baden-Württemberg konnte mit einem durchschnittlichen Einkommenszuwachs von 37,8 Prozent die erheblichen Rückschläge aus dem Vorjahr ausgleichen und die hohen Steigerungsraten aus früheren Jahren konsolidieren.

Während ein baden-württembergischer Winzer sich einkommensmäßig fast mit seinem gewerblich beschäftigten Nachbarn messen kann, haben die Winzer der beiden anderen Anbaugebiete einen deutlichen finanziellen Vorsprung vor den Arbeitnehmern.



Nicht ohne Einfluß auf das Einkommen der Winzer bleibt auch, ob sie den Wein in Flaschen oder im Faß auf den Markt bringen. Eine Aufgliederung der Betriebsergebnisse nach Weinbaugebiet und Vermarktungsform zeigt, daß auch 1978/79 Flaschenweinbetriebe in der Regel deutlich höhere Einkommen gegenüber den Faßweinvermarktern erzielten.

Am deutlichsten ist diese Differenz in der Rheinpfalz, wo sie etwa 15 Prozent ausmacht. Als Grund gibt der Agrarbericht an: Die Flaschenweinbetriebe "weisen - insbesondere an Mosel-Saar-Ruwer - einen größeren Rebflächenbesatz aus als die vergleichbaren Faßweinbetriebe und die Betriebe mit Anschluß an Winzergenossenschaften".

Das darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Steillagenbetriebe wegen ihres hohen Arbeitsbedarfs eine geringere Rebflächenausstattung aufzuweisen haben als Betriebe in flacheren Lagen. An Mosel-Saar-Ruwer entfallen 1,78 Hektar auf jede Familienarbeitskraft, in Rheinhessen mehr als drei Mal so viel. Die vorliegenden Betriebsergebnisse können und wollen jedoch nicht den Anspruch erheben, repräsentativ die Lage des gesamten Weinbaus wiederzugeben.

Mit etwa 60 Prozent ist im Weinbau der Anteil der Nebenerwerbsbetriebe deutlich höher als in der Landwirtschaft insgesamt. Dort sind es nur 39 Prozent. Die Vollerwerbsbetriebe, deren Einkommen der Agrarbericht aufführt, machen nur ein Viertel der Weinbaubetriebe aus. Sie bewirtschaften allerdings mehr als 60 Prozent der Anbaufläche.

Wenn auch zunehmend Betriebe aus den unteren Größenklassen abwandern, ist die kleinbäuerliche und bäuerliche Struktur der Betriebe dennoch unverkennbar. Über die Hälfte der weinbautreibenden Betriebe insgesamt verfügen über eine Rebfläche von weniger als 0,5 Hektar.

Unsere politische Aufgabe besteht darin, zu überlegen, wie die bestehenden Ungleichgewichte abgebaut werden können und wie insbesondere die Lage unserer nördlichen Weinbaugebiete mit ihrem hohen Anteil von Steillagen in Übereinstimmung mit allen anderen Weinbaugebieten verbessert werden können. Wir haben im Moment die Chance, unsere Überlegungen unmittelbar in die bevorstehenden Beratungen des neuen Weingesetzes einzubringen.

Die Sicherung der Existenz der Winzer ist auch Ländersache. So hat Baden-Württemberg mit seinem Steillagenprogramm einen Schritt in die richtige Richtung getan. Auch das Weinbaumministerium von Rheinland-Pfalz wäre gut beraten, sich eine Existenzsicherung der Winzer nicht dadurch zu erhoffen, indem es jahrelang tatenlos zusieht, wie einige die gewinnbringenden Prädikatsweine nicht nur mit Hilfe der Sonne reifen lassen, sondern auch Pläne entwickelt, wie dort geholfen werden kann, wo Hilfe unbestreitbar notwendig ist.

Vor allem kommt es darauf an, endlich in Rheinland-Pfalz die Begleitscheinregelung für Weintransporte einzuführen. Nur so läßt sich sicherstellen, daß unsere einheimischen Winzerbetriebe keine Einkommenseinbußen dadurch erleiden, daß ihre Weine gegen Billigprodukte fragwürdiger Herkunft konkurrieren müssen.

Sowohl auf Bundesebene als auch auf Länderebene hat die SPD bereits einen intensiven Dialog mit der Winzerschaft geführt. Sie wird deshalb in den bevorstehenden Beratungen des Weingesetzes nicht mit Forderungen aufwarten, die eigentlich nach Brüssel gehören und nicht nach Bonn. Sie wird in diesen Beratungen ihre konkreten Vorstellungen einbringen, wie mit dem neuen Weingesetz eine wirksame Plattform geschaffen werden kann, die es den Winzern erlaubt, auf dem Boden dieses Gesetzes ihre Existenz zu sichern.

(-/24.4.1981/ks/va)

+ + +

